

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 30

Erscheint Sonntags.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mt. Nur Postbezugs-
Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 20. Juli 1930

Geschäftsstelle: Berlin E2, Neuer Markt 8-12 IV.
Fernruf: Berlin E2, Kupfergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

46. Jahrgang

Unser Verband im Jahre 1929.

II.

Eine der ersten Aufgaben unserer Berufsvereinigung ist die Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Daß die Arbeit unseres Verbandes auch im Berichtsjahr 1929 entsprechend dieser Zweckbestimmung geführt worden ist, zeigt der Abschnitt

Tarif- und Lohnbewegungen

im Bericht der Verbandsleitung. Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen wurden 105, zur Abwehr von Verschlechterungsversuchen deren 6 geführt. An allen diesen Bewegungen waren 165 696 Personen beteiligt, entsprechend der Gliederung unseres Verbandes 46 153 Kollegen und 119 543 Kolleginnen. Forderungen auf Lohnerhöhungen waren in 77 Fällen mit 100 462 Beteiligten die Ursachen der Bewegungen, Forderungen auf Lohn- und Mantelvertragsänderungen in 23 Fällen mit 60 733 Beteiligten und Forderungen auf Änderungen der Akkordlöhne und anderes in 5 Fällen mit 1069 Beteiligten. Die Abwehrbewegungen hatten in 3 Fällen mit 85 Beteiligten beabsichtigte Lohnkürzungen und in ebenfalls 3 Fällen mit 791 Beteiligten in Kürzungen der Akkordlohnätze und anderem ihre Ursache. Ohne Arbeitseinstellung konnten 94 Angriffsbewegungen in 1231 Orten und 10 503 Betrieben für 160 637 beteiligte Personen mit Erfolg durchgeführt werden. Arbeitseinstellung war notwendig in 11 Fällen in 11 Orten und 109 Betrieben mit 4183 Beteiligten. Die sechs Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen betrafen 6 Betriebe mit 876 Kollegen und Kolleginnen. Im Vergleich mit den Vorjahren ist die Zahl der Bewegungen etwas zurückgegangen, eine Auswirkung der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage des Vorjahres.

Die Erfolge unserer Bewegungen

können sich — unter Beachtung der überfüllten Arbeitsnachweise und der ausgedehnten Kurzarbeit — sehen lassen. Es wurden erreicht für 29 191 Kollegen 60 794 Mt. pro Woche und für 73 732 Kolleginnen 97 907 Mt. Das bedeutet eine Lohnerhöhung für jeden beteiligten

Kollegen von 2,08 Mt. pro Woche und für jede Kollegin von 1,32 Mt. Darüber hinaus wurden noch für 61 720 Personen weitere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erreicht.

Die Mehrzahl unserer Bewegungen fanden



**Euer
Verband ist es,
der euch reiche Früchte trägt!**

durch direkte Verhandlungen zwischen den Parteien ihre Erledigung, nämlich 81 mit 95 694 Personen, von denen 10 mit 3296 Beteiligten erst nach Arbeitseinstellung zum Abschluß kamen. Vor einer besonders vereinbarten Schlichtungsinstanz wurde eine Bewegung mit 153 Personen beendet und vor behördlichen Schlichtungsstellen 24 mit 68 215 beteiligten Kollegen und Kolleginnen. In 12 Fällen mit 61 814 Kollegen und Kolleginnen war dazu ein amtlicher Schiedsspruch notwendig.

An den Bewegungen zur Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen waren alle Branchen unseres Verbandes entsprechend ihrer

Bedeutung beteiligt. Aus der Buchbinderei (einschließlich der Druckereibuchbinder) waren 7253 Betriebe mit 27 214 Kollegen und 44 251 Kolleginnen beteiligt, aus der Kartonnagenbranche 2739 Betriebe mit 12 981 Kollegen und 58 852 Kolleginnen. Die Briefumschlagindustrie stellte 6 Betriebe mit 264 Kollegen und 791 Kolleginnen, die Bilderbücher- und Spielefabrikation 25 Betriebe mit 139 Kollegen und 1163 Kolleginnen, die Tüten- und Beutelinindustrie 137 Betriebe mit 808 Kollegen und 4591 Kolleginnen, die Lugsapapierindustrie 169 Betriebe mit 1032 Kollegen und 6269 Kolleginnen, die Zigarettenkartonnagenindustrie 18 Betriebe mit 51 Kollegen und 571 Kolleginnen, die Etuisindustrie 116 Betriebe mit 1661 Kollegen und 1784 Kolleginnen, die Wellpappenbranche 28 Betriebe mit 373 Kollegen und 934 Kolleginnen und die Galanteriewarenindustrie 127 Betriebe mit 1355 Kollegen und 702 Kolleginnen.

Die Gesamtkosten unserer Lohnbewegungen beliefen sich auf 97 362 Mt. Davon wurden für Streikunterstützung an 253 Kollegen 10 197 Mt. und an 1180 Kolleginnen 16 831 Mt. ausgezahlt. Andere Ausgaben für Streiks beliefen sich auf 3622 Mt. und die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung verursachten 66 712 Mt. Kosten einschließlich der Ausgaben für die Konferenzen des Tarifausschusses. Welche gewaltige Bedeutung im organisierten Zusammenschluß der Arbeitskräfte liegt, zeigt sich darin, daß mit 97 362 Mt. Jahrestkosten

ein materieller Nutzen in Höhe von 8 252 452 Mt. pro Jahr

für die an unseren Lohnbewegungen Beteiligten erreicht werden konnte. Diese Gegenüberstellung läßt den Wert unserer Organisation auch in Zeiten des schlechtesten Geschäftsganges deutlich erkennen. An Beiträgen haben unsere Mitglieder 2 180 146 Mt. geleistet. Diese Beitragsleistung brachte demnach im vergangenen Jahr an materieller Besserstellung unseren Mitgliedern einen vierfachen Gewinn, den sie nicht haben würden, wenn nicht durch den Zusammenschluß der Arbeitskräfte in unserem Verband unseren Mitgliedern ein Machtmittel in die Hand gegeben wäre, das ihnen diese Besserstellung erst möglich machte.

Entscheidungen zu unseren Reichstarifverträgen.

Der Mantelvertrag für die Buchdruckerei- buchbinder allgemeinverbindlich!

Der Reichsarbeitsminister hat durch nachfolgende Entscheidung vom 4. Juli 1930 (Mitteilungszeichen IIIb 3867/147 Tar) den mit dem Deutschen Buchdruckerverein abgeschlossenen Mantelvertrag für allgemeinverbindlich erklärt:

Entscheidung:

Der nachstehend bezeichnete Tarifvertrag wird im angegebenen Umfange gemäß § 2 der Tarifvertragsordnung (Reichsgesetzbl. 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

I. Parteien des Tarifvertrages:

- a) auf Arbeitgeberseite:
Deutscher Buchdruckerverein e. V.
- b) auf Arbeitnehmerseite:
Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands;
Graphischer Zentralverband.

II. Tag des Abschlusses: 20. März 1930, Reichstarif für Buchdruckerei-Buchbinder (Manteltarif mit Anlagen A und B).

III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Buchbindergehilfen und Buchbindereiarbeiterinnen in Buch- und Zeitungsdruckereien. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf Buchbinderabteilungen von Buch- und Zeitungsdruckereien, die nicht überwiegend für den Buch- und Zeitungsdruckereibetrieb Buchbinderarbeiten verrichten. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich ferner nicht auf diejenigen Buch- und Zeitungsdruckereien, die einem anderen an einem Reichstarif für das Buchbindergewerbe beteiligten Arbeitgeberverband zur Zeit dieses Vertragsabschlusses angehören.

IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reichs.

V. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf die Schlichtungsbestimmungen (§§ 12 bis 14 des Tarifvertrages) und auf Gehaltsbestimmungen (§ 11 des Tarifvertrages) nur insoweit, als nicht durch Handwerkskammern oder Innungen innerhalb ihrer gesetzlichen Befugnisse anderweitige Bestimmungen getroffen sind oder getroffen werden.

VI. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. Juni 1930.

VII. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit: Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrag.

Die allgemeine Verbindlichkeit des Reichstarifvertrages vom 1. April 1927 hat geendet.

Im Auftrage gez. Dr. Meves.

Eingetragen am 8. Juli 1930
auf Blatt 7699/9732 lfd. Nr. 3

des Tarifregisters.

(Stempel.)

Der Arbeitsmarkt im Juni.

Der Arbeitsmarkt in unserem Beruf zeigte Ende Juni folgendes Bild: In der Buchbinderei und in der Briefumschlag-, Etuis- und Kartonnagenindustrie ist die schlechte Lage stabil geblieben, in der Lugsapier- und Lütenindustrie ist eine weitere Verschlechterung eingetreten. Die Zahl der Arbeitslosen

stieg in diesen Gruppen um 287 und die der Kurzarbeiter um 446 (fast ausschließlich weibliche) Mitglieder.

Für die Buchbindereien dürfte infolge der Saisonlage nunmehr vor September eine Besserung nicht mehr zu erwarten sein. Der Rückgang in der Lugsapier- und Lütenindustrie ist bedingt durch den allgemeinen Rückgang der Kaufkraft. Daß wider Erwarten in der Kartonindustrie ein weiteres Absinken nicht eingetreten ist, ist auf die plötzlich aufgetretene Vorversorgung der Zigarettenindustrie zurückzuführen, der eine neue Verschärfung des Tabaksteuergesetzes bevorsteht.

Die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter in unserem Verbände stieg Ende Juni auf 25 908 oder 44,4 Proz., das sind 16,4 Proz. mehr als im Vorjahre. Von ihnen waren:

	Arbeitslose	Kurzarbeiter
1929		
Mai	7 744 = 12,9 Proz.	9 747 = 16,3 Proz.
Juni	7 522 = 12,5 Proz.	9 357 = 15,5 Proz.
1930		
Mai	11 613 = 19,5 Proz.	13 562 = 22,6 Proz.
Juni	11 900 = 20,4 Proz.	14 008 = 24,0 Proz.

Die einzelnen Gauen werden von der Depression sehr verschieden betroffen. Am stärksten ist die Arbeitslosigkeit in den Gauen Nordosten, Schlesien und Thüringen, in denen 26 bzw. 28 Proz. der Mitglieder arbeitslos sind. Am besten steht der Gau Württemberg und Baden, der nur 9 Proz. Arbeitslose zählt. Nord- und Südbayern und Rheinland-Westfalen zählen 12 bzw. 13 Proz. Arbeitslose. Die übrigen Gauen stehen mit ihrer Arbeitslosenziffer ziemlich gleichmäßig auf 20 bis 21 Proz.

Ähnlich wie die Arbeitsmarktlage gestaltete sich auch der Geschäftsgang in den Betrieben. Die Zahl der gut beschäftigten Betriebe hat sich mit 22,1 Proz. gehalten. Dafür sind die befriedigend beschäftigten Betriebe, hauptsächlich in der Lugsapier- und Lütenindustrie, von 39,3 auf 36,1 Proz. zurückgegangen. Es waren beschäftigt:

	Gut	Befriedigend	Schlecht
Ende Mai	22,5 Proz.	39,3 Proz.	38,2 Proz.
Ende Juni	22,1 Proz.	36,1 Proz.	41,8 Proz.

Die Berichte lagen diesmal aus 552 Betrieben mit rund 44 000 Beschäftigten vor.

Der Mitgliederstand ist von 59 559 auf 58 299 gesunken. Das Minus betrifft 58 Kollegen und 1202 Kolleginnen, zusammen 1260 Mitglieder.

* * *

Immer noch mehr als 2,6 Millionen Arbeitslose.

Wie amtlich mitgeteilt wird, betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung am 1. Juli 1 469 000, sie lag damit um 36 000 niedriger als vor 14 Tagen, und in der Krisenunterstützung 364 000, d. h. sie stellte sich um 12 000 höher als Mitte Juni. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug am 1. Juli 1 833 000; das sind 900 000 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Ueberlagerung ist also die gleiche geblieben. An verfügbaren Arbeitsuchenden waren nach dem Bericht bis Beginn des Juli 2 690 000 vorhanden, an effektiv Arbeitsuchenden (also ohne Notstandsarbeiter und der noch in Stellung, aber in Kündigung befindlichen Arbeitskräfte) 2 636 000.

Die Lage in den einzelnen Bezirken ist unterschiedlich. In Westfalen ist eine Zunahme der Unterstützungsempfänger um etwa 3000 festgestellt. Eine kräftigere Besserung

zeigen hauptsächlich die landwirtschaftlichen Bezirke Ostpreußen, Pommern, aber auch Mitteldeutschland und Sachsen. Gestiegen ist die Zahl der Arbeitsuchenden in Brandenburg, Westfalen, Rheinland und ebenso bei einzelnen Arbeitsämtern in Schlesien.

Die Stilllegungsanzeigen treten wieder stärker auf, ebenso nimmt die Kurzarbeit wieder zu.

Schafft Arbeit!

Ein trostloses Bild: immer noch weit über zweieinhalb Millionen Arbeitslose, von denen bereits mehr als 350 000 ausgesteuert sind und Wohlfahrtsunterstützung beziehen, während 300 000 oder 400 000 Menschen gänzlich ohne öffentliche Hilfe leben müssen. 400 000 Hungernde, stummes Elend! Und noch steigt die Arbeitslosigkeit!

In allen Lagern herrscht Einigkeit darüber, daß die Arbeitslosigkeit das Zentralproblem unserer Tage ist. Mit Recht heißt es:

„Am Arbeitslosenproblem hängt heute in Deutschland alles. Denn seine Lösung ist keine Speziallösung, sondern erheischt Grundlösungen, die nur durch die politische und soziale Erneuerung Deutschlands überhaupt geschaffen werden können.“

Freilich: Die Einstimmigkeit der Parteien über die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung ist auch nur grundsätzlicher. Ueber das „Wie“ gehen die Meinungen sehr auseinander. Die Unternehmer haben eine Patentlösung gefunden: „Senkt ihr die Löhne, dann senken wir (eventuell) die Preise.“ Die Wirtschaftspartei gar erblickt die Lösung in der Arbeitsdienstplicht. Beide Gruppen übersehen, daß diese Pläne nicht die Kernfrage, die Hebung der Massenkaufkraft, lösen.

Die Reichsregierung, die eigentlich führend sein sollte, hat auch auf diesem Gebiet ihre Unfähigkeit zur Führung erwiesen. „Die Regierung erwägt“, das ist seit Wochen die stereotype Phrase in den Kommentaren über die Haltung der Regierung zur Wirtschaftsbelebung. Die Bürgerblockregierung hat bereits vor längerer Zeit ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt. Es würde sicher helfen, einen Teil der Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Leider hat es drei Hauptfehler, die dem Programm seine ganze Wirkung nehmen.

Vorbedingung der Arbeitsbeschaffung ist Geldbeschaffung. Das Deckungsprogramm der Regierung ist jedoch so unsozial, so unmöglich, daß es vom Volke abgelehnt wird. Das Deckungsprogramm, aber auch die anderen finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Brüning-Kabinetts, von der Steuerpolitik bis zur Lohnsenkungsaktion, sind so konsequent auf die Schmälerung des Einkommens der Massen, also auf Kaufkraftschwächung, gerichtet, daß ihre Durchführung im Endeffekt mehr Arbeitslosigkeit denn Arbeit schaffen würde. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ein ernsthaftes Wirtschaftsprogramm aufgestellt, das aus dem Chaos führen kann. Dieses Programm stellt fest, daß eine Einkommensenkung der Werktätigen die Wirtschaft nicht beleben kann, sondern die Krise verschärft. Die wichtigste Aufgabe ist die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit durch vernünftige Handelspolitik und Zollfrieden, Diskontierung, langfristige Kredite, Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge, Forcierung des Kleinwohnungs- und Straßenbaues, Erneuerung und Erweiterung der Ver-

kehrsanlagen, Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes, Sicherung des Achtstundentages und darüber hinaus weitere Verkürzung der Arbeitszeit, sowie stärkste Einschränkung der Ueberstundenarbeit.

Die Partei hat damit ein klares, allen verständliches Ziel aufgestellt. Sie verlangt, gestützt auf die Millionenzahl ihrer Anhänger und die Not im Volke, daß es durchgeführt, daß es sofort durchgeführt wird, ehe die Krise noch weitertreibt.

Die Konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion.

Eine der interessantesten Erscheinungen im Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsbetrieb ist die sogenannte Eigenproduktion, das ist Gütererzeugung. Sie steht in unmittelbarem Zusammenhange mit der ökonomischen Theorie der Regelung der Produktion durch Bergesellschaftung der Produktionsmittel, nur daß bei der Entwicklung der genossenschaftlichen Eigenproduktion als Grundlage ihrer Regelung die genossenschaftliche Güterverteilung erscheint. In der Tat sind denn auch, was die praktische Brauchbarkeit des Experimentes anbelangt, die Produktgenossenschaften, die den Gemeinbesitz an Produktionsmitteln voraussetzen und bei Cassale eine so große Rolle spielten — auch Schulze-Delisch, der Gegner Cassales, nannte sie die „Krönung des Gebäudes des Genossenschaftswesens!“, in der Entwicklung stecken geblieben bzw. existieren sie in der Hauptsache nur als Zubehör der Konsumgenossenschaften. Und in diesem Verhältnis ist die Regelung der Produktion; nämlich auf der Grundlage der genossenschaftlichen Warenverteilung, zu einer ganz nüchternen, einfachen Frage der Bedarfsdeckung geworden.

Inwieweit nun die genossenschaftliche Eigenproduktion als Wirtschaftsfaktor bei der Konsumgenossenschaftlichen Warenverteilung in die Erscheinung tritt, zeigt die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Zusammenhang mit der Großeinkaufsgesellschaft Hamburg. Die Verbandsgenossenschaften des Zentralverbandes zeigten im Jahre 1903 eine Eigenproduktion von 12,7 Millionen Mark, 1914: 104,2 Millionen Mark, 1924: 90,0 Millionen Mark und 1929: 316 Millionen Mark. Das Verhältnis zum Umsatz, der im letztgenannten Jahr rund 1200 Millionen Mark betrug, zeigt bei 316 Millionen Mark Eigenproduktion 26,3 Proz. Anteil an der Warenverteilung, woraus sich die interessante Tatsache ergibt, daß über ein Viertel der Konsumgenossenschaftlichen Warenverteilung aus eigener Gütererzeugung stammt. Eine volkswirtschaftlich außerordentlich wichtige Tatsache, da sie die privatwirtschaftliche Gütererzeugung für den offenen Markt, also das Kapitalrisiko nicht kennt und damit rationell, d. h. nur für die Bedarfsdeckung arbeitet. Die „Regelung der Produktion“ ist im Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsbetrieb eine sehr einfache Tatsache, nämlich Statistik des Verbrauchs der Mitglieder.

Das berechnete Verhältnis von 26,3 Proz. Produktion zum Gesamtwert der Warenverteilung wird noch stark nach oben gedrückt, wenn man die Eigenproduktion der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (GEG.) der des Zentralverbandes hinzurechnet. Denn die zentrale Eigenproduktion der GEG. geht direkt und im ganzen Umfange in den Warenumsatz der Einzelgenossenschaften

des Zentralverbandes über, die die örtliche Eigenproduktion betreiben. So kommen zu den 316 Millionen Mark im Zentralverband noch 124 Millionen Mark der GEG. und am Gesamtumsatz von rund 1200 Millionen Mark bezieht die Eigenproduktion einen Anteil von nicht weniger als 440 Millionen Mark gleich 36,6 Proz.!

Die genossenschaftliche Warenverteilung entwickelt hiernach ihre eigene Gütererzeugung in sehr starkem Maße, und sie bildet zugleich die einzig praktische Grundlage zur Regelung der Produktion, womit ihre volkswirtschaftliche Bedeutung keineswegs erschöpft ist. Denn die genossenschaftliche Eigenproduktion an sich wirkt

preisregulierend auf die privatwirtschaftliche Gütererzeugung und ihre zentrale Entwicklung durch die GEG. verhindert auf alle Fälle privatwirtschaftliche Monopolbildungen und die daraus entstehende Preisdiktatur der Industriekartelle und Handels-syndikate. Was längst praktisch erwiesen ist.

Daher auch der heftige Kampf der Spitzenorganisationen der Industrie und des Handels gegen einen so unbequemen „Konkurrenten“ und daher auch die Pflicht und das Selbstinteresse der großen Verbrauchermassen, die Konsumgenossenschaften in jeglicher Weise zu fördern und weiterzuentwickeln.

Warum starke Gewerkschaften?

Angeichts der Tatsache, daß ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft noch immer abseits der Gewerkschaftsbewegung steht, also Ziel und Notwendigkeit der vereinten Zusammenarbeit aller in abhängiger Stellung Befindlichen noch nicht erfaßt hat, und weiter angeichts der Tatsache, daß gewisse Elemente des Arbeitsgebiet ihrer Quertreibereien zum Nutzen der lachenden Dritten, der Unternehmer, in die Gewerkschaftsbewegung gelegt haben, ist Veranlassung genug gegeben, die Bedeutung einer starken Gewerkschaft für die Arbeiterklasse erneut eindeutig hervorzuheben.

Es darf wohl als bekannt vorausgesetzt werden, daß das Kapital dem Arbeiter und der Arbeiterin nur soviel Lohn als Entgelt für ihre Arbeitskraft geben will, wie sie zur Erhaltung derselben notwendig gebrauchen. Die Gewerkschaften versuchen, den Anteil der Arbeitskraft am Sozialprodukt zu erhöhen. Dies kann natürlich nur auf Kosten derjenigen Bevölkerungsschichten geschehen, die außerhalb der Arbeiterklasse stehen, derjenigen Schicht also, die alle anfallenden volkswirtschaftlichen Werte, die nicht zur Erhaltung der Arbeitskraft gebraucht werden, auf Grund ihrer Macht als Besitzer der Produktionsmittel als ihr alleiniges Eigentum betrachten. Wir haben also mit einer Machtstellung, besser noch mit einer Monopolstellung der Produktionsmittelbesitzer zu rechnen. Daß der einen Macht zu ihrer Ueberwindung eine größere entgegengestellt werden muß, ist logisch. Diese größere Macht sind die freien Gewerkschaften, wenn die Einigkeit der Mitglieder der Gewerkschaftspolitik den nötigen Rückhalt, die notwendige Stoßkraft verleiht.

Die Macht der Gewerkschaften beruht auf dem Zusammenschluß ihrer Mitglieder derart, daß alle Organisierten ihre Arbeitskraft nur zu einem bestimmten Preis verkaufen. Denn zwischen den organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen ist die Konkurrenz beim Verkauf der Arbeitskraft durch die Tarifpolitik der Gewerkschaft ausgeschaltet. Die organisierte Arbeiterschaft hat also auch eine gewisse Monopolstellung beim Verkauf ihrer Arbeitskraft, wenn alle organisiert sind! Dem Unternehmer, der die Arbeitskräfte gebraucht (und er gebraucht sie!) steht die Gesamtheit der organisierten Arbeiter gegenüber. Er befindet sich also in der für ihn mißlichen Lage, entweder alle Arbeiter zum geforderten Preis zu beschäftigen und damit auf einen bisher gestohlenen Teil seines Gewinns zu verzichten, oder keine Arbeiter zu beschäftigen, und damit keine Möglichkeit zum Produzieren,

also auch keine Möglichkeit eines Gewinns zu haben.

Je weniger für den Unternehmer die Möglichkeit besteht, die organisierte Arbeitskraft durch unorganisierte (billigere!) zu ersetzen, desto höher wird er die Arbeitskraft im allgemeinen bewerten müssen. Die soziale Machtstellung der Gewerkschaften und damit der Arbeiter ist daher die Grundlage für die Höhe des Lohnes, den der Unternehmer zu zahlen bereit ist. In Zeiten eines guten Geschäftsganges wird es verhältnismäßig leicht sein, den Lohn als solchen höher zu treiben, denn in der Einstellung des Arbeiters liegt es, sich dann den Gewerkschaften anzuschließen, wenn er greifbare Erfolge, also Lohnerhöhungen, sieht. Doch in demselben Maße, in dem der Unternehmer in Zeiten guten Geschäftsganges durch stärkere Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeitskraft höher bewertet, da ihm eine größere Zahl Organisierter gegenübersteht, wird er in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges den Lohn niedriger halten, da dann erfahrungsgemäß die Fluktuation in den Gewerkschaften am größten ist. Der Unternehmer kann damit also in die für ihn angenehme Lage kommen, unorganisierte billigere Arbeitskräfte in größerer Zahl zu bekommen und dadurch einen nicht zu unterschätzenden Druck auf das allgemeine Lohnniveau auszuüben, wenn die Treue zur Gewerkschaft nicht sehr ernst genommen wird.

Im allgemeinen ist es seither den Gewerkschaften gelungen, eine Senkung des Lohnes auch in Zeiten der Krise abzuwehren. Das bedeutet, daß die Arbeit der Gewerkschaften oder, mit anderen Worten, der gewerkschaftliche Zusammenschluß der Arbeiter und Arbeiterinnen auch in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges sichtbare Erfolge zeitigt. Gerade diese Tatsache mögen sich alle Mögler und Besserwisser, aber auch alle unzufriedenen Mitglieder immer vor Augen halten. Diese Erkenntnis müßte für alle Veranlassung genug sein, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen, um die Position der Arbeiterschaft im Kampf gegen das Kapital zu stärken. In der Zeit der Kartelle und Truste, in der Zeit, da das vereinigte Kapital zum Stoß gegen die Organisationen der Arbeiterschaft ansetzt, ist es moralische Pflicht jedes einzelnen, sich zu organisieren. Darum hinein in die freien Gewerkschaften, hinein in unseren Verband. Es geht um die Existenz aller, um das Wohl der Familien aller! **Vereinigt könnt ihr alles, allein seid ihr und eure Familie der Willkür der Unternehmer wehrlos ausgeliefert.** Bruno Majornef-Berlin.



Zur Unterhaltung

Agitator im Dorf.

Von Rudi Eims.

Scharfer Wind segt über die Höhen, beißt sich in die Keste der Tannen und Fichten, reißt das letzte rote Laub von den Büschen, deren Wipfel an den Himmel stoßen. Tief hängen die grauen Regenwolken und ziehen rasch über das Tal. Krähen verlassen krächzend ihre Horste, kreisen langsam über Wiesen und braunen Feldern, fliegen hinunter nach dem kleinen Dorf, das zwischen Hängen und Bergen, wie in einem alten Schmuckkasten gepreßt liegt.

Der einsame Wanderer, der am Ortseingang stehen blieb, liest seinen Namen auf einem Plakat, das an einer Telegraphenstange klebt. Dann schreitet er weiter auf der regenüberweichten Straße. Ein Entenpaar kreuzt gemächlich seinen Weg und vor ihm, an den niedrigen, kleinen Häusern entlang, schleicht eine Rahe, bis sie in einem Kellerfenster verschwindet. In den Ställen brüllt das Vieh und ruft die Mägde zum Melken. Bäuerinnen schließen die Fensterläden und durch die Ritzen schimmert elektrisches Licht.



Dort liegt der Gasthof. Ein Wappen prangt neben der Tür, denn der Wirt ist zugleich Bürgermeister. In der Gaststube wird ein nasser Mantel an den Kleiderhaken gehängt. Wände mit verschossener Tapete, Reklamen von Brauereien und einer Nähmaschinenfabrik, zwei verbläute Landschaftsbilder. In der Ecke glüht ein Ofen. Es riecht nach harzigem Holz. Angenehmes Prickeln läuft über des Fremden Gesicht, gegen das stundenlang Regen und Wind schlug. Durchstrotzende Hände werden wieder warm.

Eine behäbige Frau stellt Brot, Wurst und dampfenden Kaffee auf die blanke Tischplatte. Wie gut das schmeckt nach solcher Wanderung. Eine Zigarre, die neue Zeitung aus der Tasche. Jetzt ist's gemütlich.

Der alte Regulator zeigt wenige Minuten vor acht Uhr. Immer wieder kloppt die Tür der Gaststube. Kleinbauern und Steinbrucharbeiter kommen und sehen sich auf die langen Bänke. Kantige Gesichter, wie aus Bronze. Scharfgeschnittene Züge verateten harten Daseinskampf. Breit und wuchtig steigen schwierige Fäuste auf den Tischen, greifen hin und wieder nach dem Bierglas, halten die Pfeifen, aus denen in kleinen Wölkchen ein billiger Knaster zieht.

Das Lokal ist übervoll besetzt. Aus der Wohnstube werden Stühle herbeigebracht, um Platz zu schaffen. Ein Arbeiter mit intelligentem Gesicht spricht auf den Fremden in der Ecke ein, der jetzt einige Notizzettel aus der Rocktasche zieht. Dann klingt eine martige, dialektgefärbte Stimme auf:

„Ich eröffne die Versammlung...“

Der Fremde redet. Er zeichnet mit einfachen Worten ein Bild der politischen und wirtschaftlichen Lage. Er schildert die Arbeit der Gewerkschaften, der Partei und die Erfolge der Sozialdemokraten in den Parlamenten. Er charakterisiert die Feinde der Republik und der Arbeiterschaft. Zukunftsziele leuchten auf — der Sozialismus. Gepfamt lauschen die Bauern und Steinbrucharbeiter. Eine Stunde vergeht. Dann klatschen harte Hände ineinander.

Ein junger Burche mit einem Hakenkreuzabzeichen hat das Wort ergriffen. Anrufe und Lachen... Und wieder klingt die Rede des Fremden im Raum. Was der Nationalsozialist sprach, ist verwischt. Begeisterung schwellt die Herzen. Gläubige finden neue



Kraft für kommende Kämpfe. Und wieder trommeln Fäuste Beifall.

Freude glänzt auf den Gesichtern der Versammlungsbesucher. Einige zahlen an der Theke und gehen, die Mehrzahl rückt zusammen. Der Redner erzählt von der Großstadt, von neuer Technik, vom kulturellen Fortschritt, von den Genossen in den großen Fabriken, von Streit und Elend. Er hört von den Kleinbauern, wie sie dem Boden, der dünn auf basaltischem Untergrund liegt, mühsam karge Frucht abringen müssen. Sie klagen über die Großagrarien, über die teuren Futtermittel, die es dem kleinen Landwirt schwer machen, Vieh zu halten. Rauch tönen die Stimmen der Steinbrucharbeiter. Gesteinstaub fraß sich in ihre Lungen. Schwer ist ihr Tagewerk, niedrig der Lohn. Gefahr droht immer, wenn der Berg unter den Sprengschüssen wankt und berstet. Gemeinsame Not und der Glauben an den Sozialismus eint Kleinbauern und Arbeiter. Die Wirtsstube wird zu einem friedlichen Parlament.

Mitternacht. Die letzten Gäste verlassen den Gasthof. Oben in der weißgetünchten Kammer sinkt der Agitator müde in ein großes Bauernbett. Frisch bläht die Nachtluft durch das geöffnete Fenster. Der Mond bricht durch jagende Wolken und erbellt Siebel und Dächer. Stille. — Nur in den Ställen stampfen mitunter die Pferde und die Bäume knarren im Wind.

Sonntagmorgen. Auf einem Hofe unterhalten sich Bauern. Steinbrucharbeiter stehen vor einer Haustür. Man diskutiert über das, was der fremde Genosse am letzten Abend berichtete. Er ist nicht mehr im Dorf. Schon im Morgengrauen marschierte er



nach der abgelegenen Bahnstation, denn stundenweit hinter den Bergen liegt sein neues Reiseziel. Dort steht auf einem roten Plakat sein Name zu lesen. Und am Nachmittag füllt in dem fernen Dorf seine Stimme wieder die Wirtsstube eines Gasthofes und Bauern und Arbeiter hören sozialistische Volkschaft.

Kinder der Straße.

Hart am Straßenrand hat sich der Schupo aufgepflanzt. Breit und gewichtig steht er da. Ordnung und Disziplin verörpert er und Ordnung ist der Sinn seiner Rede, die er ernst und gewichtig hält. Um ihn

stehen, ein verschüchterter Halbmond, Buben und Mädels verschieden in Alter und Größe. Zu Hocke sich auch; unvermutet und plötzlich tauchte der Hüter des Gesetzes um die Straßenecke auf, keiner sah ihn kommen im Eifer des wilden Schlagballspiels. Verfunken waren Straße, Häuser und Mitmenschen für die spielende Schar. —

„Also auf der Straße spielen dürft ihr auf keinen Fall. Wie leicht kommt ein Auto und fährt euch über, jeden Tag passiert das, verstanden? Nun seid vernünftig und spielt nicht mehr auf dem Fahrdamm...!“

Verlegenes Kopfnicken, vereinzelt Lächeln um einen Kindermund. Nein, der Schupo ist nicht mehr der bärbeißige Puß von früher, aber — die Straße gehört dem Verkehr, also müssen die Kinder weichen. Und sie verziehen sich wehmütig in die Höfe und Gänge der Häuser, suchen ihr Spiel irgendwie dort fortzusetzen. Langsam patrouilliert der Schupo weiter, Hüter der Ordnung!

* * *

Kurze Viertelstunden später. Ein Schellen und Rufen auf der Straße, Schreien aus Kindermund. Vor dem Nebenhaus staut sich ein Schwarm von Kindern an, so ziemlich dieselbe Garnitur wie vorhin. Kein Schupo weit und breit, dafür eine barsche Stimme, die sich tollend in die Tiefe des Hofgangs verzieht:

„Berfligte Rangen, macht, daß ihr auf die Straße kommt. Immer hier im Hof rumgulaufen. Ich will euch helfen! Raus...!“

Die kleinen Verstoßenen ziehen traurige Gesichter, hier und da fließt eine schwere Aderträne, mitunter flackert auch ein trotziger Jurst auf:

„Warum dürfen wir denn nicht in den Hof?“

* * *

Die Kinder treiben sich gelangweilt auf dem Bürgersteig umher. Wenigstens ist ihnen dieser geblieben. Auf der Fahrbahn der Straße des Arbeiterviertels saufen jetzt häufig die schnellen Dieselmotoren, Motorräder knattern, ein schweres Gespann biegt um die Ecke. Nach Kinderart hopft, ruft, schreit und tanzt das kleine Heer drüber vor einem Hause. Und sich da... Eine Seitenpforte knarrt in den Angeln, heraus kommt mit groben Scheltworten wieder ein Mensch gefahren, diesmal eine Frau.

„Geht ihr jetzt endlich hier vorm Haus weg... Immer vor unserem Haus, ist doch die Höhe! Geht spielt vor euerm Haus...!“

Die Kleinen sind schon viel zu verschüchtert, um etwas zu erwidern. Traurig tröpfeln sie nach allen Seiten ab. Zurück bleiben zwei Knirpse, die nicht recht wissen, wo sie bleiben sollen. Und jetzt stehen überall ein oder zwei Kinder vor „ihrem“ Haus. Bis schließlich ein bunter Ball irgendwoher gestogen kommt, eine frische Jugenstimme ertönt:

„Los, wer spielt mit Schlagball?“

Und es ist die graue, gefährliche Fahrbahn der Straße, die sie wieder eint. Die Bengels spielen Schlagball in der Straßenmitte, die kleinen Mädchen klapfen am Straßenrand in der Gasse. Ganz vertieft sind sie in ihr Spiel, ganz hingeegeben bis...? Bis wieder der Schupo kommt und sie vertriebt, die ganze Komödie von vorne beginnt. Oder... bis aus dem Spiel eine blutige Tragödie wird, ein hastendes Auto einen der Knirpse überfährt!

* * *

Wie soll das enden...? Die Straße gehört dem Verkehr, Bürgersteig und Höfe der mehr oder minderen Willkür ihrer Besitzer. Die Kinder in den Arbeitervierteln, unsere Kinder, sie werden auf der Straße verfolgt, in den Höfen nicht gelitten. So treten sie ins Leben, belastet mit den Gefühlen der Minderwertigkeit, bitteres Gehorchen gewohnt. Wir aber wollen, daß unsere Kinder freie Menschen seien, die sich ihr Recht erkämpfen. — Darum Raum unsern Kindern, gebt ihnen Platz, darauf sie spielen können, den müssen die Städte schaffen, trotz aller Hemmungen von verkümmerten „Schacht-Direktoren“ und anderen Schaffern. E. I. n.



Vergänglichkeit.

Auf Schritt und Tritt, wohin ich sehe,
ist alles Leben der Vergänglichkeit geweiht:
Gleichgültig, ob sich Freund und Freund entzweit,
ob ich in Seiden oder Drillisch gehe —
wohin ich spähe, wo ich stehe:
ist alles Lebende dem Tod geweiht.

Verstiegen, ein Liebespaar in sich versenkt:
Ich spüre schon, wie einstens sie sich hassten,
und wie der Traum — jezt gnadenvoll geschenkt,
noch voll mit Zärtlichkeiten schwer getränkt —
in einer Nacht wird plötzlich blasen
und sie wie Tiere bis aufs Blut sich hassten.

Die Blume, die sich blühend duftend vor mir
breitet,
und deren Farbe wie ein unvergänglicher
Gesang

Ich in das stumpfe Licht des Tages schwang,
daß die Minute sich zur Ewigkeit mir weitet
in der die Zeit, der Raum ins Wesenlose gleitet:
in ihrem Blühen schlummert schon der Nieder-
gang.

Oh! Blick und Liebe — Hunger, Durst und
Atemzug,

Oh! Eitelkeit und Demut — Arbeit, Glaube und
Verlassensein:

phantastisch Irribild, todesunkler Widerschein
von einer Sehnsucht wildem, blindem Lebenstrug,
verzaubernd noch den Schlaf, den tiefsten Atem-
zug!

Wer kann gelassen sich dem Tode weih'n?

Kurt Offenburg.

Clara Wiebig.

Zu ihrem 70. Geburtstag.

Die dichtende und schriftstellernde Frau ist in der Geschichte der Literatur eine nicht alltägliche Erscheinung. In der älteren deutschen Dichtung und auch noch in deren klassischem Zeitalter sehen wir die Frau kaum aktiv hervortreten, sie muß sich mit der Rolle begnügen, Gegenstand und Zielrichtung der Dichtung des Mannes zu sein. Zweifellos ist diese Erscheinung bedingt durch die gesellschaftliche Stellung der Frau, die ihr jahrhundertlang eine völlig einseitige Tätigkeit aufnötigte und ihr geistige Entwicklungsmöglichkeiten verschloß.

Sicher hat es zu allen Zeiten geistig hochstehende Frauen gegeben, doch wo die Geschichte in vereinzelt Fällen von ihnen zu berichten weiß, sehen wir sie nicht selbstständig schöpferisch tätig, sondern fast lediglich in der Rolle des Anregers zu geistigem Schaffen des Mannes. Doch die stetig sich wandelnden Formen der Gesellschaft wandeln auch das Idealbild der Frau, befreien diese aus der nur dienenden Stellung und eröffnen ihr die Wege zur geistigen Selbständigkeit. Die um die Mitte des vorigen Jahrhunderts geborene Frauen- generation entwickelte eine Reihe bedeutungs-

voller dichterischer Kräfte. Unter den ersten ist die charaktervolle Gestalt Berta von Suitner, die mit ihrem mutigen Roman „Die Waffen nieder“ mitten in einer vom Militarismus beherrschten Gesellschaft das Banner des Friedens aufriehete. Die größte unter den weiblichen Dichtern dieser Zeit ist jedoch Clara Wiebig, die am 17. Juli ihren 70. Geburtstag beging.

Clara Wiebig ist in Trier geboren. Die Heimat ihrer Eltern ist das Pöfener Land. Beide Landschaften, der Westen und der Osten, wurden dem Kinde zur Heimat. In den so verschiedenartigen Gedankenkreis des Volkes beider Landschaften wuchs die reisende Frau hinein.

Clara Wiebigs schriftstellerisches Wirken beginnt erst verhältnismäßig spät, in der Mitte ihrer dreißiger Jahre. Zu jener Zeit schauen wir auf der wirtschaftlichen Seite die ungeheuer sich vervielfältigende Macht des Kapitalismus, aber auch die ungeheuren Massen des Proletariats, die in Stadt und Land in dumpfer, mit tiefer Erbitterung getragenen Not dahinleben. Erst langsam begann in den Massen die Erkenntnis zu dämmern, welcher Weg aus diesem Elend herausführt. Literarisch gesehen war dem Proletariat in der neuen Kunst- richtung des Naturalismus ein wichtiger Bundesgenosse entstanden. Der Naturalismus hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die jammer- vollen Zustände in der Gesellschaft mit allen der Kunst zu Gebote stehenden Mitteln rück- sichtslos aufzudecken. Emil Zolas großer Roman „Germinal“ und Gerhart Hauptmanns Weber-Drama sind die sprechendsten Zeugnisse für den Willen dieser Kunst- richtung. Clara Wiebigs Schaffen knüpft an das Werk Zolas und auch an das Jugendwerk Gerhart Hauptmanns an. Sie ist eine naturalistische Dichterin, doch nicht in der Zeit, da diese Kunst- richtung modern war. Sie begann erst, als die all- gemeine Dichtung sich bereits nach anderen Motiven umschau.

Clara Wiebig entstammt, wie fast alle natu- ralistischen Dichter jener Zeit, nicht dem Pro- letariat, sie kam aus einer bürgerlichen Be- amtenfamilie. Aber daheim in den Eifel- dörfern und in Pöfen, in Düsseldorf und in Berlin hat sie tiefe Einblicke in das Milieu des ländlichen wie des städtischen Proletariats getan. Das Wissen um Not und Elend der Massen weckte ihr Mitleid, und als sie zu schreiben begann, formte sich unter ihrer Feder die proletarische Welt zu selten tiefen und er- greifenden Bildern. Nicht nur die soziale Seite des proletarischen Schicksals wurde von ihr ge- zeichnet, sie umfaßte das ganze Dasein ihrer Helden, im einzelnen, wie in der Masse, im Guten, wie im Bösen. Das besondere Mit- empfinden mit ihrem Geschlecht ließ sie mit Vorliebe und bestem Gelingen Frauenschicksale gestalten.

Am Anfang des Schaffens der Dichterin stehen ihre großen Eifelromane „Kinder der Eifel“ und „Das Weiberdorf“. Die herbe Land- schaft der Eifel, die tiefe Armut der dort leben- den Menschen sind hier vollendet gestaltet. In

letzterem Roman zwingen die ökonomischen Verhältnisse die Männer eines ganzen Dorfes, ihr Brot im fernen Industriegebiet zu ver- dienen. Das ganze Jahr hindurch sind die Frauen zur Enthaltbarkeit verurteilt. Er- greifend weiß die Dichterin die Geschlechtsnot der Frauen zu schildern und wie sich die brennenden Leidenschaften auf unterirdischen Kanälen den Ausweg bahnen. Bezeichnender- weise hat dieser Roman Clara Wiebig den Haß der katholischen Eifelbevölkerung eingetragen. Die religiöse Vorstellungswelt der Eifel- bewohner haben der Dichterin den Stoff zu einem weiteren Roman gegeben: „Das Kreuz im Bann“.

Das Milieu des Proletariats der Großstadt war der Inhalt zweier großer sozialer Romane. Im Jahre 1900 erschien das Werk „Das täg- liche Brot“. Es zeigt das Geschick zweier Dienstmädchen, deren eines dem schweren Kampfe des Lebens nicht gewachsen ist und in ihm unterliegt. Heinrich Zille hat für die Erst- ausgabe dieses Romans ein ergreifendes und charakteristisches Umschlagbild beigezeichnet. Der zweite Roman: „Die vor den Toren“, auch Berliner Verhältnissen gewidmet, schildert, wie der wachsende Koloss Großstadt immer weiter seine Fangarme ausstreckt und mit der Land- schaft ihre allerdings degenerierten und nicht mehr lebensfähigen Menschen vernichtet.

Eine wichtige Rolle im Gesamtwert der Dichterin nehmen auch die Romane ein, in denen nationale Probleme leitendes Motiv der Handlung sind. Das mag uns Menschen, die wir proletarisch denken und empfinden, nicht ohne weiteres einleuchten, aber gerade an den Grenzen des Reichs pflegen diese Dinge sehr wichtig genommen zu werden. Clara Wiebig, die gleichzeitig an der östlichen und an der west- lichen Grenze beheimatet war, hat diese Probleme in ihrer großen Gegensätzlichkeit er- lebt und in zwei großen Romanen geformt. Der Roman „Die Wacht am Rhein“ schildert den Versuch, aus dem durch Zufälligkeit und Gewalt zusammengewürfelten Staatsvolk Preußen eine Nation zu machen, die Gegenätze des Ostens und des Westens durch eine Mischung des Blutes und der Art auszugleichen. Der Roman ist ein Beweis dafür, wie jung eigentlich unser Volk ist und wie wenig Be- rechtigung die Grafschützer des Deutschtums haben, vom Ewigkeitswert der Nation zu sprechen. Der Roman endet mit dem Kriege von 1870; das gibt der Künstlerin Gelegenheit, ihre Abneigung gegen den Krieg kundzutun und mit einem grandiosen Appell an die Menschlichkeit die Völker zum Frieden zu mahnen. Ein zweiter Roman, der nationale Dinge behandelt, ist „Das schlafende Heer“. Er schildert die Kämpfe zwischen Deutschtum und Polenium in der deutschen Ostmark. Er ist eine schwere Anklage gegen das deutsche Regi- ment im Osten. Die maßgebenden Kreise Ost- elbiens haben nicht nur nicht verstanden, die anlässige Bevölkerung für das Deutschtum zu gewinnen, sondern sie haben durch ihre Re- gierungskunst dem Gedanken der nationalen

darlehensweise der Wirtschaft zur Verfügung stellen, eventuell aus den zunächst noch fließenden Beiträgen zu 3 1/2 Proz., denn sie braucht ja das Geld nun nicht mehr, weil es keine zu unterstützenden Arbeitslosen mehr gibt. Dabei will ich nicht der Aufhebung der Arbeitslosenversicherung das Wort reden, man soll ruhig weiter dazu Beiträge entrichten, nur brauchten sie nicht mehr die Höhe von 3 1/2 Proz. haben. Man käme mit einem wesentlich niedrigeren Satz aus und würde trotzdem nach einiger Zeit einen Ueberfluß an Geld haben, also an Inlandskapital, das man, wenn weiterhin nötig, der Industrie zu günstigen Bedingungen zur Verfügung stellen könnte.

Ein anderer Einwurf wäre wohl der, daß die Preise gewaltig in die Höhe gehen müßten. Müssen sie das wirklich? Soweit mir bekannt ist, rechnet man mit einem Durchschnittsanteil von 70 Proz. der Rohstoffe an den Produkten, also mit 30 Proz. Lohnanteil. Die Zahl der Erwerbstätigen beträgt in Deutschland etwa 21 Millionen. Daran gemessen brauchte ja die Arbeitszeit nur um etwa 8 bis 10 Prozent verkürzt zu werden. Diese radikale Kürzung würde auch schon aus dem Grunde notwendig sein, weil ganze Fabriken stillliegen, die nicht sofort wieder in Gang gesetzt werden können und weil ja zunächst jeder Arbeitsauftrag fehlt. Man muß die Arbeitszeit radikal kürzen, um zunächst einen Mangel an Arbeitskräften herbeizuführen, damit auch die sonst im Beruf nicht Unterzubringenden eben an diesen Stellen mit eingesetzt werden können.

Nehmen wir nun selbst an, die Arbeitszeit würde um drei Stunden pro Tag gekürzt, dann ergäbe das bei einer angenommenen gegenwärtigen Arbeitszeit von 8 Stunden pro Tag einen Mehraufwand an Arbeitslohn von rund 38 Proz. Um diese 38 Proz. steigt also auch der Lohnanteil, der in der Ware steckt. Da er bisher 30 Proz. des Wertes des Produktes beträgt, so würde er demnach etwas über 40 Proz. betragen. Das heißt weiter, daß die Preise nur um etwa 10 Proz. zu steigen brauchen. Das wird bei den verschiedenen Waren verschieden sein, hier ist ja auch immer nur vom Durchschnitt die Rede.

Dieser angeblich notwendigen Preiserhöhung steht aber entgegen einmal die bessere Ausnutzung der vorhandenen Anlagen, Maschinen usw. infolge erhöhten Umsatzes, womit der Anteil der Amortisationskosten am einzelnen Produkt geringer wird und also preisverbilligend wirkt, weiter aber auch das billigere Geld, das der Wirtschaft durch die nunmehr nicht ausgenutzte Versicherungsanstalt zur Verfügung gestellt werden könnte. Ja, ich behaupte sogar, auch die Krankentassenbeiträge könnten bei gesteigerter Leistung herabgesetzt werden. Zu dieser Behauptung komme ich aus der Erwägung heraus, daß die gewonnene Freizeit einen mächtigen Antrieb zur Ausübung von Sport geben und es ist ja bekannt, welche wohltuende Wirkung der Sport, die selbstgewählte Beschäftigung und Training des Körpers, auf die Volksgesundheit ausübt. Also auch hier wieder eine Ersparnis an den angeblich drückenden Lasten unserer Sozialversicherung.

Nun ist aber auch schon allen Ernstes angeregt worden, die Neuordnung der Wirtschaft mit einer allgemeinen Preislenkung zu beginnen. Wenn eine solche Preislenkung einen Zweck haben soll, nämlich den, zum Kaufen von mehr Ware anzuregen, dann müßte sie ja auch schon bedeutend sein. Man ziehe also ruhig den so in Aussicht genommenen Prozentsatz der Preislenkung von der vorher berechneten angeblich notwendigen Erhöhung ab und ich glaube kaum, daß die Warenpreise im Durchschnitt auch nur um einen Pfennig gesteigert zu werden brauchen.

Einen Zuschuß zur Arbeitslosenversicherung brauchte das Reich nicht mehr zu zahlen und ein großes Loch wäre endgültig gestopft. Dem Reich würden sogar noch Mittel zufließen, denn die jetzt in Arbeit Gebrachten müssen natürlich Einkommensteuer bezahlen, das Gemeinwesen würde durch erhöhten Umsatz ebenfalls ein erhöhtes Einkommen haben, also auch hier ein Plus an Einkommensteuer und dazu natürlich ein weiteres Plus an Umsatzsteuer und Verbrauchssteuern. Einen Abbau von Beamten brauchen wir nicht vornehmen, abgesehen vielleicht von den Stellen, die inzwischen wirklich überflüssig geworden sind. Aber für diese wäre ja auch Platz geschaffen in der inzwischen angestrebten und mit voller Kraft arbeitenden Wirtschaft.

Es ist schon darauf hingewiesen, daß die Freizeit zur körperlichen Erleichterung und Gesundheit des Volkes beitragen würde. Es darf aber auch weiter

darauf hingewiesen werden, daß die Eigentumsvergehen, die sich in Zeiten gesteigerter Arbeitslosigkeit erschrecklich häufen, geringer werden und also auch insofern die innere Ruhe des Landes gefördert wird, ganz zu schweigen davon, daß dem linken wie rechten Radikalismus der Zutritt an den berechtigterweise Unzufriedenen fehlen würde.

Man könnte dieses Bild noch weiter ausmalen, das ist jedoch nicht der Zweck dieser Zeilen. Nur auf eines ist noch hinzuweisen, nämlich, daß durch die volle Erwerbstätigkeit der gesamten Bevölkerung und durch die dadurch wegfallende wirtschaftliche Bedrückung des einzelnen auch die Heiratsfreudigkeit

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen. Eure im Lehrverhältnis sich befindenden Söhne gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes

zunehmen wird. Zum Bauen wird genügend Geld vorhanden sein, es werden Wohnungen entstehen, nicht zu teuren, sondern zu mäßigen Preisen und durch diesen Wohnungsbau wird eine weitere lebhaftere Beschäftigung gesichert. Induktor.

Internationales.

Der Stand der Tarifbewegung in Oesterreich.

Die im Jahre 1925 abgeschlossenen Kollektivverträge der Buchdrucker, Steindruckere und der Buchdruckereibuchbinder sollten nach Ablauf ihrer fünfjährigen Gültigkeitsdauer am 1. Juli d. J. erneuert werden. Am 10. Juni wurden die beiderseitigen Vorschläge für einen neuen Vertrag unter den Vertragsparteien ausgetauscht.

Die Abänderungsvorschläge der Unternehmer ließen sofort erkennen, daß sie eine Verhandlungsgrundlage nicht darstellten, denn sie enthielten eine große Anzahl von Verschlechterungen, ohne daß eine Aufbesserung der Löhne in Aussicht gestellt wurde. So sollte z. B. die bessere Bezahlung für Schicht- und Ueberzeitarbeit, die Bezahlung von besonderen Feiertagen, die vierzehntägige Kündigungsfrist, das gesetzliche Entgelt im Erkrankungsfall und anderes mehr in Wegfall kommen. In einer Vertrauenspersonenversammlung der drei kartellierten Fachgruppen, die am 16. Juni stattfand, wurden die Vorschläge der Unternehmer als Verhandlungsgrundlage abgelehnt.

Die Verhandlungen selbst begannen am 20. Juni. Nach der gegenseitigen Ablehnung der gemachten Vorschläge wurden die seitherigen Kollektivverträge als Verhandlungsgrundlage anerkannt. Die Verhandlungen gestalteten sich außerordentlich schwierig, so daß nach neuntägigem Verhandeln noch keinerlei Ergebnis zu erkennen war. Die völlig ablehnende Haltung der Unternehmer veranlaßte das graphische Kartell am 3. Juli zu dem Beschluß, den Unternehmern zu erklären, daß in ihrem Verhalten eine Herausforderung der Arbeiterschaft gesehen werden müsse, da sie anscheinend eine ernste Verständigung über einen für die graphische Arbeiterschaft annehmbaren Kollektivvertrag nicht wollen.

In einer Vertrauenspersonenversammlung am 4. Juli wurde zu der gegebenen Situation Stellung genommen und die Haltung der Vertreter der Arbeiterschaft gebilligt. Die Verhandlungen sind damit als abgebrochen anzusehen.

Berichte.

Lübeck. Unsere am 4. Juli stattgefundene Mitgliederversammlung war trotz der wichtigen Tagesordnung nur sehr mäßig besucht. Nach der Berichtserstattung über einige örtliche Begebenheiten beschloß die Versammlung mit dem Antrag der Ortsverwaltung, den ausgesteuerten Erwerbslosen eine Sonderunterstützung zu gewähren und hierfür einen Extrabeitrag zu erheben. Die Versammlung beschloß, den ausgesteuerten Erwerbslosen einschließlich der vom Verbandsvorstand bewilligten Sonderunterstützung nachstehende Beihilfen zu zahlen:

Kategorie	in Beitragsklasse			
	III	IV	V	
156 Beiträgen	3,-	4,-	5,-	6,-
520 "	4,-	5,-	6,-	8,-
780 "	—	7,-	8,-	10,-
1040 "	—	9,-	10,-	13,-

Von dieser Beihilfe sollen ausgeschlossen werden solche Mitglieder, die in die 1. Beitragsklasse gesteuert haben, und die Frauen, deren Männer in Arbeit stehen. Da unsere Lotteriekasse nicht über die genügenden Mittel verfügt, um die hierfür erforderlichen Summen zu zahlen, wurde eine Erhebung von Extrabeiträgen, die nur zur Unterstützung der Erwerbslosen verwendet werden dürfen, beschlossen. Die Mitglieder der ersten bis dritten Beitragsklasse zahlen 10 Pfg. pro Monat und die Mitglieder der vierten und fünften Beitragsklasse 25 Pfg. pro Woche ab 1. Juli. Dieser Beschluß gilt bis zur Generalversammlung im Januar 1931. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten, wie das Fest der Arbeit am 17. August und Antrag der Jugendgruppe, fand die Versammlung ihren Abschluß.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Abrechnungen

vom zweiten Quartal 1930 gingen weiter bis zum 15. Mai bei der Verbandskasse ein von:

- Frankfurt a. d. O. 400,— Mr., Sorau — Mr.,
- = Dessau — Mr., Torgau 220,— Mr., = Hilsenheim — Mr., Wanzfried — Mr., = Nachen 500,— Mr., Krefeld — Mr., Lüdenscheid (1. und 2. Quartal) 89,85 Mr., = Kandel 568,05 Mr., = Gau Thüringen 500,— Mr., Erfurt — Mr., Gera 590,— Mr., Halle 750,— Mr., Mühlhausen 233,— Mr., Saalfeld 150,— Mr., Weimar 850,— Mr., = Annaberg-Buchholz — Mr., Brandis — Mr., Crimmitschau 400,— Mr., Leipzig 817,60 Mr., Reichen 450,— Mr., Seiffenröderdorf 1800,— Mr., Wurzen — Mr., = Neutlingen 1550,— Mr., = Ansbach — Mr., = Kaufbeuren — Mr.

Adressenänderung.

B = Bevollmächtigter; K = Kassierer.
Gera: B: Wilh. Straßburg, Teichstr. 4
 K: Karl Eifentraut, Oststr. 7
 Unterstützungsabteilung für Durchreisende bei Max Bergner, Freitagstraße 12, Rest. Rheingold, täglich 17—18 Uhr. Der Verbandsvorstand.

Inhaltsverzeichnis.

- Unser Verband im Jahre 1929. II.
- Euer Verband ist es, der euch reiche Früchte trägt!
- Entscheidungen zu unseren Reichstarifverträgen: Der Mantelvertrag für die Buchdruckereibuchbinder allgemeinerverbindlich!
- Der Arbeitsmarkt im Juni.
- Schafft Arbeit!
- Die Konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion.
- Warum starke Gewerkschaften?
- Zur Unterhaltung: Agitator im Dorf. — Rinder der Straße.
- Vas aller Welt: Vergänglichkeit. (Gedicht.) — Clara Bielig. — Gustav Adolf Uhlmann, der Sänger des Profetarials. — Gemeinnütziger Heimstättenbetrieb Welterland auf Sylt.
- Künstlerische Buchebände.
- Die Schneidemaschine als Gullotine.
- Erst die Löhne, dann die Preise!
- Strafe frei von den Arbeitslosen!
- Internationales: Der Stand der Tarifbewegung in Oesterreich.
- Berichte: Lübeck.
- Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Abrechnungen. — Adressenänderung.

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 31

Ersteinst. Sonntags.
Zugpreis vierteljährlich 1,50 M. Nur Postbesug.
Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 27. Juli 1930

Geschäftsstelle: Berlin O2, Neuer Markt 6-12IV.
Fernruf: Berlin E2, Aufsehergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

46. Jahrgang

Unser Verband im Jahre 1929.

III.

Nichts ist neben dem Arbeiten zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen besser geeignet, dem werttätigen Menschen die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen zu zeigen, als die Unterstützungseinrichtungen unserer Verbände. Hier tritt fühlbar in die Erscheinung, wie durch die organisierte Selbsthilfe den Schicksalstücken materiell begegnet werden kann. Das kommt auch im Jahresbericht unserer Verbandsleitung recht eindringlich zum Ausdruck.

Unsere Unterstützungseinrichtungen,

die anerkanntermaßen mit zu den besten auf dem Gebiete des freiwilligen Selbstschutzes gehören, waren im Vorjahr in besonders umfangreichem Maße eine von vielen Mitgliedern unseres Verbandes hochgeschätzte und dankbar anerkannte Hilfe in der Zeiten Not. Auf 1 128 188 M. beliefen sich die Unterstützungen aller Art, die an unsere Mitglieder im letzten Jahr zur Milderung der durch Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität usw. eingetretenen Notstände zurückflossen. Das sind Leistungen, die unserem Verbands das denkbar beste Zeugnis ausstellen. Mit ihnen ist jedoch auch unsere Verbandskasse aufs äußerste angepannt worden. Mehr als die Hälfte der geleisteten Beitragssumme ging wieder an die Mitglieder zurück. Kann ein Verband mehr tun, als auf diese Art dem Solidaritätsgedanken praktisch Ausdruck zu geben?

An der Spitze unserer Unterstützungszahlungen stehen die, die für die Opfer der wirtschaftlichen Ungunst gemacht werden mußten.

664 600 M. an Arbeitslose!

Das ist eine Summe, die selbst im Jahre 1914, als durch den Kriegsausbruch alle Betriebe zum Erliegen gebracht worden waren, bei weitem nicht erreicht wurde. Auch das Krisenjahr 1926 blieb um mehr denn 200 000 M. hinter dieser Summe zurück. 4016 Kollegen erhielten für 282 194 unterstützte Tage 322 498 M. Im Durchschnitt erhielt jeder Kollege für 70 Tage 80,31 M. 7986 Kolleginnen erhielten für 413 887 unterstützte Tage 342 102 M. Im Durchschnitt erhielt jede Kollegin für 52 Tage 42,84 M. Die große Zahl der beteiligten Verbandsmitglieder, die große Zahl der unterstützten Tage und die nicht minder gewaltige Summe illustrieren deutlich genug die Lage in unserem Berufe, die sich im laufenden Jahr noch weiter andauernd verschlechterte. Die Summe zeigt jedoch auch, daß sich unser Verband im letzten Jahr als ein rechter Helfer in der

Not für unsere arbeitslosen Mitglieder erwiesen hat.

In verhältnismäßig gleichem Maße wurde die Krankenunterstützung unseres Verbandes in Anspruch genommen. Unsere Verbandskasse zahlte aus

an kranke Mitglieder 271 570 M.!

Mehr noch als die Arbeitslosenunterstützung stellt die Krankenunterstützung eine materielle Hilfe vor allem für unsere Kolleginnen dar. Von den Kollegen bezogen 4503 für 123 106 Tage 116 460 M., von den Kolleginnen jedoch 11 661 für 307 745 Tage 155 110 M. Die durchschnittliche Dauer jedes Unterstützungsfalles betrug bei den Kollegen 27, bei den Kolleginnen 26 Tage. Den Segen unserer Arbeitslosen- und Krankenunterstützung würden unsere Kolleginnen in noch weit höherem Maße erkennen können, wenn sie ihre Beiträge leisten würden entsprechend ihrem Verdienst. Damit könnten sie sich den Genuß höherer Unterstützungssätze auf eine längere Bezugszeit sichern.

Zu einer Unterstützung von besonderer Bedeutung wächst sich die Invalidenunterstützung unseres Verbandes immer mehr aus. Im letzten Jahre wurden

an 342 Invaliden 135 972 M.

Unterstützung gezahlt. Das Jahr begann mit 236 Unterstützten, einhundert Kollegen und elf Kolleginnen traten im Laufe des Jahres neu in diese Unterstützung ein und 31 schieden durch Tod oder durch wiedererlangte Arbeitsfähigkeit aus. Am Jahreschluß standen 302 Kollegen und 14 Kolleginnen im Genuß der Invalidenunterstützung. Ist dieser Zuwachs in einem Jahre schon sehr groß, dann ist festzustellen, daß er im laufenden Jahr noch sehr viel größer sein wird. Der Unterstützungsbezug durch unsere Kolleginnen ist erst seit kurzer Zeit möglich. Wenn trotzdem heute schon 14 Kolleginnen Unterstützung beziehen, dann ist leicht vorauszu sehen, daß in einigen Jahren deren Anteil an dieser Unterstützung eine Höhe erreicht haben wird, die der der Kollegen nicht nachsteht. Dabei beteiligen sich unsere Kolleginnen noch lange nicht in dem durch das eigene Interesse gegebenen Maße an dieser Unterstützungseinrichtung. Am Jahreschluß waren von den 18 704 Kollegen 16 461 an ihr beteiligt, von unseren 39 870 Kolleginnen jedoch nur 7657. Wie hieraus zu erkennen ist, haben die andauernden Mahnungen zur Beteiligung an dieser Unterstützung einen besonderen Erfolg bisher nicht gebracht. Dabei ist wohl zu beachten, daß der Beitritt zu dieser Unterstützungseinrichtung rechtzeitig erfolgen muß, da infolge der unbeschränkten Unterstützungs-

zahlung und der damit verbundenen dauernden Belastung der Verbandskasse eine langfristige Karenzzeit zur Erreichung des Unterstützungsanrechtes notwendig ist. Es ist darum grundsätzlich, im Vertrauen auf die derzeitige Gesundheit eine Beteiligung abzulehnen. Wie keine andere unserer Unterstützungseinrichtungen, ist die Invalidenunterstützung eine Sicherung für die Zukunft.

Unsere übrigen Unterstützungseinrichtungen

haben — jede für sich — im einzelnen die gleiche Bedeutung wie die oben besonders behandelten, wenn auch ihre Inanspruchnahme durch unsere Mitglieder ganz wesentlich gegenüber jenen zurückbleibt. Für die verschiedenen Zwecke wurden noch 55 178 M. an Unterstützungen ausgezahlt. Davon steht die Hinterbliebenenunterstützung mit 14 786 M. obenan. Diese Unterstützung hat den Zweck, im Falle des Todes des Ernährers einer Familie, dieser über die erste und schwerste Zeit hinwegzuhelfen, sie ist also eine Unterstützung mit besonders charitativem Charakter. Ihr folgt mit 7940 M. die Gemahregeltenunterstützung. In dem offensichtlichen Abfall dieser Unterstützungsart — früher mußten für den gleichen Zweck bedeutend mehr Mittel aufgewandt werden, so 1906 52 375 M. und in den beiden Jahren 1910 und 1911 je rund 25 000 M. — zeigt sich eine Wandlung in der Bewertung unseres Verbandes durch die Unternehmer. Früher galt für diese das Niederknurren unserer Bewegung als wichtigste Aufgabe, die Entlastung derjenigen, die für den Verband spürbar tätig waren oder die auf ihr Menschenrecht pochten. Heute haben wir die Anerkennung des Verbandes als Vertreterin der Interessen der im Berufe tätigen Kollegen und Kolleginnen und einen guten Respekt vor der Macht des Verbandes. Beides verhindert zu einem guten Teil die Maßregelung aufrechter Charaktere. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Rechtsschutz- und Gerichtskosten, für die 3619 M. aufzuwenden waren. Die Umzugskosten erforderten 1080 M. und 725 M. Extraunterstützung waren notwendig. Der Einfluß unserer reichstarrischen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zeigt sich in dem verhältnismäßig geringen Beitrag von 27 000 M., der für die Unterstützung Streikender und Ausgesperrter aufgewandt wurde. Der Vertragsabschluß zwischen gleichberechtigten Kontrahenten und der allgemeinverbindliche Charakter unserer Lohn- und Arbeitsverträge machen die Anwendung des letzten Mittels im wirtschaftlichen Kampfe zum guten Teil überflüssig. Sie stellen den Lohn- und Arbeitstempel auf eine neue Basis und entlasten damit den einzelnen Arbeiterhaushalt von dem Risiko einer unter Umständen recht fühlbaren Einschränkung, die er sich sonst im Streik- oder Aussperrungsfalle auferlegen müßte.

Der internationale Gewerkschaftskongress in Stockholm.

Der internationale Gewerkschaftskongress, der vom 7. bis zum 11. Juli in Stockholm tagte, stand an Bedeutung seinen Vorgängern sicherlich nicht nach. Auch in der äußeren Aufmachung unterschied er sich nur wenig von seinen Vorgängern. Alle angeschlossenen Landeszentralen waren vertreten, selbst Japan, Kuba, Neuseeland, Australien, Britisch-Indien, Ägypten und Palästina hatten Vertreter entsandt. Man darf hoffen, daß diese Vertreter überseeischer Arbeiterverbände in Zukunft nicht mehr als Gäste, sondern als stimmberechtigte Teilnehmer auf internationalen Gewerkschaftskongressen erscheinen werden.

Mit der Wahl von Stockholm als Kongressstadt hatte der IOB. einen guten Griff gemacht. Die Gewerkschaftsbewegung Schwedens zählt zu den besten aller Länder. Der Wohlstand des Landes ist auch bei den Gewerkschaften fühlbar. Das Verbandsvermögen der dortigen Gewerkschaften ist um ein Vielfaches höher als das der Verbände in Deutschland. Wenn ein Land mit solch innerlich gefestigter Bewegung als Gastgeber auftritt, dann übt das auch auf die Verhandlungen einen gewissen Reiz aus. Die deutsche Vertretung auf dem Kongress war anders zusammengesetzt, als ursprünglich vorgesehen war, da acht Verbandsvorsitzende ihr Delegationsrecht infolge parlamentarischer Tätigkeit nicht ausüben konnten.

Der Tagung voraus ging eine Konferenz der Berufssekretäre. Es gibt im ganzen 28 internationale Zusammenschlüsse der Berufs- und Industrieorganisationen. Die Konferenz nahm einen Antrag an, der auch vom Plenum des Kongresses gebilligt wurde, wonach der Vorstand des IOB. beauftragt wird, die Frage zu studieren, inwieweit die internationalen Berufssekretariate in den IOB. eingegliedert werden können. Außerdem wurde die neugebildete Internationale der Maschinisten gegen wenige Stimmen anerkannt. Der Vorstand des IOB. hatte den Berufssekretären die Entscheidung hierüber überlassen.

Die Bedeutung der Beschlüsse des Kongresses liegen in der Formulierung grundsätzlicher Fragen. Das Wirtschaftsprogramm des IOB. lag in dem schriftlich erstatteten Referat Leiparts in seinen Richtlinien fest. Kollege Eggert hatte es übernommen, diese Richtlinien zu erläutern. Er ging aus von der Dringlichkeit in der Betätigung der Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiet. Das Wirtschaftsprogramm selbst baut sich auf die Neuorientierung der Weltwirtschaft auf. Es gliedert sich in einen internationalen und einen nationalen Teil. Bei ersterem tritt der IOB. als Vertreter auf, während bei letzterem die Landeszentralen als Vertretung zu gelten haben. Im internationalen Teil wird eine Kontrolle der Kartelle und Trusts, die Errichtung eines Wirtschaftsamts, Schiedsgerichtsbarkeit über die wirtschaftlichen Konflikte aller Länder untereinander, die Förderung des Güterausstausches usw. gefordert. Im nationalen Teil fordert das Wirtschaftsprogramm die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Vorbereitung und Durchführung aller Maßnahmen der Rationalisierung, Förderung der Wirtschaft des Staates und der Gemeinden, besonders aber die Pflege der eigenen Wirtschaftsbetriebe der Arbeiterschaft. Durch das Programm hat der Stockholmer Kongress vor allem Anspruch auf Mitbestimmung der Gewerkschaften in der Wirt-

schaftspolitik und Wirtschaftsführung erhoben.

Stellt man das Wirtschaftsprogramm des IOB. als einen der bedeutendsten Beschlüsse heraus, dann stellt sich das sozialpolitische Programm des Stockholmer Kongresses dem würdig an die Seite. Der Berichterstatter über diese Fragen war Kollege Mertens-Belgien. Das sozialpolitische Programm zerfällt in zwei Teile. Im ersten Teil wird gefordert eine umfassende Sozialversicherung bei Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit, Schwangerschaft, Unfall, Berufskrankheiten und Alter. Die Entschließung stellt vorläufig noch nichts Endgültiges dar, vielmehr beauftragt der Kongress den Vorstand des IOB. mit der Prüfung und der Ausarbeitung des vollständigen Programms unter Mithilfe der angeschlossenen Organisationen und nötigenfalls von Sachverständigen. Vieles an diesem Teil des Programms hat für Deutschland nur theoretischen Wert, da bei uns vieles schon seit Jahrzehnten verwirklicht ist. Es ist jedoch auch für uns von Vorteil, wenn die übrigen Länder nachkommen würden. Wichtiger ist der zweite Teil des sozialpolitischen Programms, der von der Arbeitszeit handelt. In einer Entschließung wurde festgestellt, daß das vor 10 Jahren formulierte Washingtoner Abkommen erst von einigen kleineren Ländern angenommen ist. Demgegenüber erinnerte der Kongress daran, daß die Vervollständigung des Produktionsapparats und die Entwicklung der Organisation der Arbeit die Produktion in ihrer Gesamtheit und je Kopf der Bevölkerung beträchtlich erhöht hat. Deshalb sprach sich der Kongress für die baldmöglichste Einführung der 44-Stunden-Woche als Etappe zu einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit für alle Hand- und Kopparbeiter ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse und der Nationalität aus. Es wird nun darauf ankommen, inwieweit die Arbeiter und Gewerkschaften aller Länder den IOB. in seinen Bemühungen in der Arbeitszeitfrage zu unterstützen in der Lage sind, damit nicht der Beschluß des Stockholmer Kongresses lediglich eine Forderung für die Zukunft bleibt, wie es die Forderung des Achtstundentages des Pariser Kongresses von 1889 jahrzehntelang geblieben ist.

Die Resolutionen über Krieg und Frieden und über die Lage der Gewerkschaftsbewegung in Ländern ohne Demokratie stellen eine programmatische internationale Forderung dar. Es wird Sache der Arbeiter in den Siegerstaaten sein, den überprüften Militarismus in ihren Ländern zu bekämpfen. Trotzdem ist auch für uns die Frage der Abrüstung und der Bekämpfung der Kriegsgefahr von großer Bedeutung, die wir selbstverständlich zu unterstützen haben.

Ein Erfolg für Deutschland ist die beschlossene Sühneverlegung des IOB. nach Berlin. Der Stockholmer Kongress hat sich der Ansicht nicht verschließen können, daß es auf die Dauer unhaltbar ist, wenn sich das Sekretariat der größten Massenorganisation der Geschichte in einem kleinen Lande befindet. Es ist notwendig, daß der Kongress dort seinen Sitz hat, wo die weltwirtschaftlichen Strukturwandlungen ihre stärksten Wellen schlagen. Für die Sühneverlegung nach Berlin stimmten in der Hauptsache England, Dänemark, Oesterreich, Schweiz, Ungarn, Deutschland und die deutschen Vertreter der Tschechoslowakei. Dagegen stimmte Belgien,

Frankreich, Holland, Spanien, Luxemburg und die Tschechen. Der Beschluß kam mit 55 gegen 30 Stimmen zustande. Außer den deutschen Stimmen war eine Mehrheit von 9 Stimmen vorhanden. Die Vertreter von rund 10 Millionen Mitgliedern hatten für Berlin und die Vertreter von rund 25 Millionen Mitgliedern für Amsterdam gestimmt. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat mit diesem Beschluß eine große Verantwortung übernommen. Dieser Verantwortung wird sie sich würdig erweisen und das Sekretariat des IOB. wird in Berlin einen erfolgreichen Arbeitsboden erhalten.

Die Neubesehung des Generalsekretariats ist noch nicht gelungen. Der seitherige Leiter Sassenbach will infolge seines Alters seinen Posten unter allen Umständen verlassen. Er hat sich lediglich bereit erklärt, die Ueberleitung nach Berlin vorzunehmen und noch einige Monate auszuharren. Inzwischen soll ein neuer Mann von Ansehen und Format gesucht werden. Als Untersekretär fungiert der belgische Kollege Schewenels.

Der Kongressvorsitzende Souhaig zeigte sich im Schlußwort noch einmal auf der Höhe des hinreichenden französischen Redners. Er dankte dem seitherigen Generalsekretär Sassenbach für seine Tätigkeit im Dienste der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Was dieser in den letzten zehn Jahren für den IOB. geleistet habe, sei in Worten kaum darzustellen. Wenn der IOB. als Machtfaktor in Erscheinung tritt, dann sei dies in der Hauptsache Sassenbach zu danken. Der Kongress erhob sich und brachte Sassenbach eine stürmische Ovation dar. Wir schließen uns dem Danke des Kongresses an Sassenbach an und hoffen, daß der neue Generalsekretär in dem gleichen Sinne zu wirken in der Lage ist. Der gemeinsame Gesang der „Internationale“ beschloß diesen Kongress der bedeutungsvollsten Kulturorganisation der Geschichte.

Die Kartellierung belastet den Arbeitsmarkt.

Das Landesarbeitsamt Westfalen stellt in seinem Bericht vom 7. Juli Betrachtungen über die Auswirkung der Wirtschaftskrisen 1926 und 1930 an. Es wird darauf hingewiesen, daß 1926 sämtliche öffentlichen Körperschaften auf Grund ihrer wenig belasteten Finanzlage mit ihrem Kredit auf dem in- und ausländischen Kapitalmarkt ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufstellen konnten. Auch die Industrie war im Begriff, ein umfassendes Rationalisierungsprogramm durchzuführen, wodurch namentlich die Baukonjunktur eine Belebung erhielt. Dann heißt es:

„In diesem Jahr fehlt uns nicht nur die Aussicht auf ein durchgreifendes Umstellungsprogramm der Industrie, da die technische Rationalisierung im wesentlichen abgeschlossen ist, vielmehr belastet die im schnellen Tempo fortschreitende Kartellierung der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, die mit einer starken organisatorischen Rationalisierung und Standortverschiebung verbunden ist, den Arbeitsmarkt ganz außerordentlich ...“

Dieses Urteil einer halbamtlichen Stelle über die Zusammenhänge der Kartellierung mit dem Arbeitsmarkt ist bemerkenswert. Die Kartellierung verteuert nicht nur die Preise, sondern belastet auch noch die Allgemeinheit mit den Kosten für die Unterhaltung der Arbeitslosen.